



Dokumente

Thesen

Erklärungen

Stellungnahmen

Analysen

aus:

Plenartagungen des Zentralkomitees

Februar 2026



**Arbeiterbund für den
Wiederaufbau der KPD**

8. MÄRZ
INTERNATIONALER FRAUENTAG
„EIN TAG OHNE FRAUEN“
ÖRTLICHE FILMVERANSTALTUNGEN ZUM
INTERNATIONALEN FRAUENTAG
„ISLAND - EIN TAG OHNE FRAUEN“

Genossen der Ortskomitees,

Das ZK schlägt den OKs vor: Den Internationalen Frauentag insbesondere dafür zu nützen, die Einheit der Arbeiterinnen und Arbeiter in den Betrieben und in der Gewerkschaft zu unterstützen. Indem wir gerade die Stellung des Teils der Arbeiterbewegung hervorheben, der entscheidend darin beitragen kann, die Einheit der Klasse in Kriegs-Zeiten, wie in Zeiten der Verelendung der Werktätigen in den Mittelpunkt zu stellen. In einer Form, die beispiellos ist!! Welche Macht die Frauen unserer Klasse durch ihre Stellung in der Gesellschaft innehaben und auch als eine Macht zu demonstrieren wissen, kann gezeigt werden, indem wir dies am 8. März 2026 in örtlichen Film-Veranstaltungen für die Einheitsfront dokumentieren, die den Kampf der werktätigen Frauen begeistern kann:

In der derzeitigen Situation der Kriegsmobilmachung eignet sich der Film *„Island – Ein Tag ohne Frauen“* wirklich gut, um die Folgen von Widerstand der Arbeiterinnen und werktätigen Frauen zu zeigen.

Am 24.10.1975 ließen Islands Frauen die Arbeit ruhen: Das Telefonnetz brach zusammen, Schulen und die meisten Theater blieben geschlossen, die Produktion war unterbrochen. Bis in die Familien hinein beteiligten sich die Frauen: Die Männer konnten teilweise nicht zur Arbeit, weil sie die Kinderbetreuung und den Haushalt übernehmen mussten. Ohne die Arbeit der Frauen in Betrieb und Gesellschaft stand das ganze Land still. In Reykjavik gab es eine Demonstration, an der sich ca. 30.000 Frauen beteiligten. Sie zeigten: Ohne unsere Arbeit läuft in diesem Land nichts, deswegen kämpfen wir für gleichen Lohn für gleiche Arbeit und für Gleichberechtigung.

Ein gelungenes Beispiel für Volksfronttätigkeit, denn der Kampf der Frauen dient der gesamten arbeitenden Gesellschaft. Und er ist auch ein Beispiel dafür, wie ein Sieg gelingen kann.

Wie wird das Land und die Welt erst aussehen, wenn sich der männliche Teil der Arbeiterklasse ein Beispiel nimmt und sie gemeinsam unter der Roten Fahne die Arbeit ruhen lassen?

Der Dokumentarfilm, der zum 50. Jahrestag des Streiks erschien, zeigt seine Vorbereitung und Durchführung. Und ist wahrlich eine Filmkunst der Dokumentation, die den Zuschauer begeistert. Und ihn mit einer Lehre des Kampfes aus den örtlichen Veranstaltungen gehen lässt.

Lasst uns also den diesjährigen Internationalen Frauentag nutzen und um den 8. März herum örtliche Filmveranstaltungen durchführen – entweder in den eigenen Zentren oder in geeigneten Kinos. Oder mit Kooperationspartnern. Die örtlichen Bedingungen sind sicher unterschiedlich.

Der Film kann in der ARD-Mediathek angesehen werden oder beim Org-Ausschuss (Gen. Lena) angefordert werden. Teilt Ort und Datum mit, sobald ihr die Veranstaltung festgelegt habt. Das ist notwendig, um mit der Firma, bei der die Filmrechte liegen, einzeln die Vorführ-Lizenzen zu klären.

Ein zentrales Plakat folgt, ebenso wie eine Filmveranstaltungs-Ankündigung. Sie gehen als kleine Flugschrift voraussichtlich um den 20. Februar 2026 in den Druck.

Kommunistischer Gruß
Zentralkomitee
(i.A. Gen. Lena + Gen. Helge)
Februar 2026

Filmbeschreibung:

Am 24. Oktober 1975 legten über 90 Prozent der weiblichen Bevölkerung Islands die Arbeit nieder. Sie weigerten sich, im Büro zu arbeiten, zu kochen oder sich um die Kinder zu kümmern. Mit dem Streik wollten die Frauen beweisen, wie wichtig die weibliche Hälfte der Gesellschaft für das Wohl aller ist. Die Aktivistinnen von damals erzählen die Geschichte dieses bedeutsamen Tages. „Wir liebten unsere chauvinistischen Schweine“, sagt eine der Aktivistinnen in dem Dokumentarfilm. „Wir wollten sie nur ein wenig verändern!“ Denn Gleichberechtigung war Mitte der 1970er Jahre ein Fremdwort in Island – wie damals überall auf der Welt. Vigdís Finnbogadóttir, eine der Aktivistinnen, erinnert sich: „Ich wollte immer die Welt sehen. Wenn mich jemand fragte, was ich mal werden wollte, antwortete ich: Kapitänin auf einem Schiff. – 'Aber nein, meine Liebe', sagten sie, 'das kannst du nicht. Du bist doch ein Mädchen'. Aber Vigdís Finnbogadóttir hat es allen gezeigt: 1980 wurde sie Islands Präsidentin. Als erste demokratisch gewählte Frau der Welt. Der Dokumentarfilm setzt all diesen mutigen Frauen ein Denkmal. Pünktlich zum 50. Jahrestag ihres Streiks. Er erzählt von der kollektiven Kraft von Frauen, die Gesellschaft zu verändern. Und er regt dazu an, auch heute wieder scheinbar Gegebenes infrage zu stellen.

Anmerkung:

*Genossen,
für die Jünger in der Proletarischen Bewegung und aus der FDJ sowie
Genossen, die es ein wenig vergessen haben: Clara Zetkin hat 1920 auf
Vorschlag von Genosse Lenin, der ihr den Auftrag dazu gab, Richtlinien
niedergeschrieben für die Frauenarbeit der Kommunistischen
Internationale. Sie sollte darin einen Plan AUSARBEITEN, um EIN
WESTEUROPÄISCHES Frauen-Sekretariat in Berlin zu gründen. Daraus
ging der Internationale Frauentag mit hervor. Die Richtlinien für die
kommunistische Frauenbewegung (1920) sind in den „Ausgewählten Reden
und Schriften Band II auf Seite 260–289 / 1920/1921“ enthalten mit dem
bekannten und berühmten Schlussabsatz: „Proletarierinnen aller Länder
(...), dass ihr in diesen Kämpfen nur eure Ketten zu verlieren, aber eine
Welt zu gewinnen habt.“ Die sollte man kennen, um sie auch in der
Agitation in den gewerkschaftlichen Filmveranstaltungen, wie in Frankfurt
und Nürnberg, wie in den örtlichen Veranstaltungen von uns Kommunisten
in Einheit den heutigen Werktätigen und Proletarierinnen und Proletarier
näherzubringen, an welchem Tag sie sich im Jahr 2026 versammeln und
wahrlich nicht zu verachtende Geschichte in der Arbeiterbewegung liegt –
Eben: EINHEIT SIEGT!!*

*aus der Plenartagung des Zentralkomitees
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD
Februar 2026*

ZUR ZENTRALEN HAUPTAUFGABE DER ORGANISIERUNG DER ARBEITERBEWEGUNG IM EIGENEN LAND!

„... Und diesmal vor dem Krieg die Kriegstreiber bezwingen...“ singen wir seit Jahrzehnten, nur dass heute die Zeit dafür verdammt knapp geworden ist. Umso wichtiger, dass die Kommunisten sich auf das Wesentliche konzentrieren und das ist, das Proletariat in diesem Land im Kampf gegen Staat und Kriegsregierung des Kapitals zu organisieren. Denn Arbeiter schießen schon längst wieder auf Arbeiter und produzieren die Waffen dafür.

Die vergangenen Weltkriege haben nicht nur millionenfaches Leid, Tod und Zerstörung der Menschheit gebracht, sie führten auch dazu, dass wir die Imperialisten in großen Teilen der Erde durch die proletarische Revolution gestürzt haben. Also halten wir es mit Mao, der über den dritten Weltkrieg gesagt hat: „Unsere Haltung in dieser Frage ist die gleiche wie zu allen Unruhen: erstens, wir sind dagegen; und zweitens, wir fürchten uns nicht.“

Wir haben bereits vor Jahren aufgerufen, eine nationale und internationale Antikriegsfront zu schmieden und konnten in den letzten Tagen beobachten, wie die Hafenarbeiter anderer Länder - und nicht nur die - wichtige Schritte zur Bildung dieser internationalen Antikriegsfront gemacht haben. Es ist an uns schnellstmöglich hier die Antikriegsfront der Arbeiter zu organisieren. Diese Streiks ermöglichen uns einen etwas besseren Boden.

Allerdings sind die Streiks international sehr unterschiedlich und das muss untersucht werden, es geht nicht einfach darum *überall wird gestreikt*. Manche sind sehr spezifisch, auf eine Branche oder auf ein Problem beschränkt und dienen nicht dem internationalen Zusammenschluss, sondern maximal der Solidarisierung.

Z.B. in Griechenland streikten die Arbeiter für den 7-Stunden-Tag, da haben wir einen Verbündeten. Und es geht ihnen um die Entwicklung der Produktivkräfte, auch das ein Anknüpfungspunkt. Insgesamt müssen wir das viel mehr beachten, welche Streiks international dem Zusammenschluss dienen. Dabei sind die Frage der Arbeitszeitverkürzung und die Frage, was produziert wird – dient es der Menschheit oder schadet es ihr – die zentralen Punkte. Sie schließen die Frage des Krieges genauso ein wie die der Befreiung der Menschheit.

Zu Marx' Zeiten ging es darum, dass die Kämpfe der Arbeiter die Klasse zusammengeschweißt haben in den Fabriken. Das hat sich heute verändert, die Arbeiter haben teilweise mehrere Jobs, sind Leiharbeiter, mit ihnen wird gemacht, was das Kapital will. Wie die Automatisierung, die der

Menschheit ein Segen wäre, sich heute, am Ende des Imperialismus als ein Fluch darstellt für Millionen Arbeiter und Werktätige und einer Jugend, die ohne Lohn und Brot in der Verelendung dasteht. Wenn dem Ausbeuter der Kauf der Arbeitskraft abhandenkommt und er seine Ausbeutung weltweit vorzunehmen hat in der Zahl in der Produktion, die der Automatisierungen der als getanen Arbeit dem Arbeiter entgegensteht in der Massenkündigung in Milliardenhöhe und der Völkerwanderung darin zur Grundlage wird usw. So sind sie individualisiert. Proletarier aller Länder vereinigt euch – hat heute beim Zerfall der Nationalstaaten eine ganz andere Bedeutung. Der Nationalstaat ist heute noch mehr auf den reinen Gewaltenapparat des Kapitals reduziert und darauf, den Maximalprofit aus dem Volk herauszupressen. Kein Monopol kann sein Produkt noch „alleine“ herstellen. Wie z.B. der Autoarbeiter nur noch Vorprodukte zusammenschraubt. Oder der Chemie-Arbeiter bestenfalls nur wenige Teile der Endproduktion dem Kapital erarbeitet. Das führt zur Entrechtung, es braucht keinen Facharbeiter. Es benötigt selbst den Arbeiter als „Anhängsel der Maschinen“ nicht mehr, sondern er wird bestenfalls Teil von ihr und seine Macht als Produzent über die Produktion schwindet ihm Zusehens. Wenn längst die Technik die Automatisierung bestimmt, was als nicht verkäufliche Ware oder als Ware die mehr Schaden den Menschen einbringt als den Wohlstand in der Menschheit zu vermehren usw. Das ändert eben auch die Organisation der Arbeiter im Betrieb und in der Produktion selbst und ist zur Stunde in vielen Streiks und nicht nur im Transport ein wahres Problem, den Streik umgehend als Streik gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung zu führen. Ansonsten bleibt ihm nur das Elend und Streiks, die so oft in seine Niederlage führen, wie in unserem Land fast jeder es tut.

Der Nationalstaat lässt seine Infrastruktur verrotten zugunsten des Krieges. bzw. den bürgerlichen Nationalstaat hat längst das aggressivste Finanz-Kapital und eine Handvoll darin auch im Industriemonopol unterworfen bzw. benötigt ihn nur noch als Gewalten-Apparat. Der Grad der Verrottung ist international sehr unterschiedlich. Aber er hat aufgehört ein Nationalstaat zu sein, bezogen auf die Infrastruktur, wie wir jüngst z.B. in den USA sehr krass beobachten können. Im Gegensatz zum nachrevolutionären China, wo tatsächlich noch eine Infrastruktur geschaffen und ausgebaut wird. Von der „Neuen Bourgeoisie“, die aber schon Züge zeigt wie des alten Immoralismus – der Raub wird zur zentralen Profitquelle und damit die millionenfache Verelendung der Erwerbslosen ein Leben des Bettelns.

Weltweit ist das Proletariat gewachsen, aber in den hochindustrialisierten Ländern geschrumpft. Dadurch hat die Klassenstruktur hier sich verändert und das bedeutet etwas für die Taktik. Natürlich kann es noch zu kleinen Abteilungs-Streiks kommen, aber so führt man keinen Klassenkampf. Es geht nicht um Daimler, BMW, sondern welche Produktion nützt der Menschheit, welche schadet ihr?

Die alte Gangart, man könnte den Streik im einzelnen Monopol organisieren und dann irgendwann mal ausweiten, gilt nicht mehr. Es muss von vorneherein der Kampf gegen den Staat mitgedacht und organisiert werden, das hat seine Ursache in der ökonomischen Entwicklung. Eben in der unaufhaltsamen Vergesellschaftung der Produktion die dem Kapitalismus und als Imperialismus längst entgegensteht. Der Arbeiterkampf ist ein Klassenkampf! Ein Kampf, in dem jeder Streik in sich trägt die Aufhebung des Privateigentums an dem Produktionsmittel – oder der Streik nimmt die Form der Sisyphus-Arbeit an. Was der Streik erreicht hat, hat er morgen an das Kapital längst wieder abgegeben und in der Regel mehr als er sich in den Streiks der einzelnen Betriebe erkämpfen konnte. Wenn selbst der Streik 'Runter mit den Arbeitersteuern, keine Kriegskredite mehr', jeden diese Streiks an Lohnerhöhung dem Arbeiter bringt als im Kampf gegen das einzelne Monopol.

Auch bei den vergangenen verdi-Streiks im Öffentlichen Dienst für ein paar Cent: während sie darum ringen, wird ihnen vom Staat aus der anderen Tasche das Doppelte herausgezogen (Gesundheit, Steuern, Kriegsanleihen und Kredite, und mit Milliarden für die notleidende Kriegswirtschaft wird die Volkssteuer in Pulverdampf verschleudert. Und der staatliche angestellte Arbeiter zahlt die Zeche mit dem Elend und die Bevölkerung die Preistreiberei in staatlichen Einrichtungen, wie im staatlichen kommunalen Verkehr (siehe eine uralte Schrift der Organisation aus den 70er Jahren „Was ist die Kommune...“ aus „Brennende Fragen“). Da wird solches den Werktätigen aber zur Farce und die Einheit der Klasse kann so mit dem Volk auch nicht geschmiedet werden – was die Stunden-Streiks wieder bewiesen haben (statt wenigstens die Taktik der italienischen, griechischen und belgischen Gewerkschaften zu ihrer eigenen Kampftaktik zu machen etc.). Das Geld geht in den Krieg und die Kommunen behaupten sie wären pleite. Im deutschen System - der nicht vollzogenen bürgerlichen Revolution in der föderalistischen Betrugsmasche, die kommunale Staatskasse wäre nicht auch Staatskasse der Republik. Und diese Betrugsmasche, staatliche Einrichtungen wäre keine staatlichen Einrichtungen, sondern Ländersache und Krankenhäuser, Schulen, Bahnen usw. wären, wie im Feudalismus in der Kleinstaatlichkeit, kommunales Eigentum. Eine Tarifrunde hat sich gegen den ganzen Staat und seine Regierung und ihren Kriegskurs zu richten in diesen Zeiten statt um ein paar Prozent sonst bringt sie den Arbeitern und Werktätigen keine Verbesserung, im Gegenteil.

Soweit können wir die deutschen Werktätigen und Arbeiter schon einiges von den Generalstreiks z.B. in Belgien oder Italien lernen, die nicht um den Cent, nicht gegen den Einzelkapitalist, sondern sich gegen ihren Staat richten und darin beginnt die Klasse, sich zusammenzuschließen und kann so erst zu einer Arbeitermacht werden. In dem Zusammenschluss der Arbeiter gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung und damit gegen den staatlichen Gewaltenapparat der Monopol-Bourgeoisie, im

Zusammenschluss als Klasse und aller Werktätigen beginnen kann sie beginnen, die Kämpfe erneut zu führen. Und darin mit die ersten kleinen Erfolge der Streiks gegen Kapital und Regierung erzielen und darin sich eine der Voraussetzungen beginnen zu schaffen, Klasse gegen Klasse den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu führen.

Ob vor oder in den Betrieben, es geht nicht darum einfach tapfer weiterzumachen wie bisher. Nicht darum das x-te Mal zum Kampf gegen Krieg und zum Streik aufzurufen, **sondern die Hürden zu erkennen und zu beseitigen, die die Arbeiter davon abhalten.**

Ist es die panische Angst ihren Arbeitsplatz zu verlieren und erwerbslos zu werden?! Solange „Hauptsache Arbeit, egal welche“ bestimmend ist, werden die Arbeiter weder streiken, noch ihre Arbeit behalten und ein Teil wird die Waffen produzieren, die sich gegen Seinesgleichen und sie selbst wenden werden. „Hauptsache Arbeit“ heißt heute schon aus dem Napf des Militärs zu essen.

Zum Beispiel Daimler Wörth und Mannheim sollen 7000 Militär-LKWs für die französische Armee produzieren. Was sagen wir ihnen außer 'tut es nicht'? Was ist das Gegenprogramm zu den Militär-LKWs? Was antworten wir dem Arbeiter, der fragt, wie soll ich morgen meine Familie ernähren. Dem muss man eine konkrete Antwort geben. Wenn du für die Menschheit produzierst, gibt es mehr als genug Arbeit. Und nur die Produzenten entscheiden, ob produziert wird und haben damit auch die Möglichkeit zu entscheiden, was produziert wird. Darüber muss in den VK- und Betriebsversammlungen gesprochen werden, was können wir hier anderes produzieren. Seit wann benötigt das Volk Militärlastwagen, was den Bürgerkrieg gegen das Volk schon offen zeigt, wenn es um Wohnungen, staatliche Verkehrsmittel, um Volksmedizin oder um Kultureinrichtungen geht, worin das Volk Mangel hat. Und darin liegt die Produktion der Arbeiter sowie um solch ein **Arbeitsbeschaffungs-Programm** und gegen das Kapital zu kämpfen. Dann ist eben nicht nur Essen auf dem Tisch, sondern der Ausbeuter verliert an Macht über den Arbeiter und damit rückt die Arbeiter-Revolution näher an den Arbeiter und er erinnert sich, dass die Vertrauensleute bei Daimler Wörth sehr wohl in solchen Kämpfen gegen die Militärlastwagen zur Niederhaltung des Befreiungskampfs in Vietnam erfolgreich waren. Indem sie die Arbeit daran niederlegten. So lange ist ihre proletarische Haltung im Betrieb auch noch nicht her, dass man sie daran nicht erinnern kann. Können ihnen ja unsere Flugschriften aus den 70er Jahren neu auflegen und Kollegen der damaligen von uns geschaffenen Opposition als Redner zu Verfügung stellen. Es gibt schon einen Arbeiterausweg – gegen Erwerbslosigkeit.

Was müsste z.B. zum Ausbau der Bahn produziert werden? Was vom Metall, was vom Chemie-Arbeiter? Aber die Bahn reicht nicht als Beispiel, die konkreten Möglichkeiten der einzelnen Betriebe bieten weitere Beispiele, die wir untersuchen müssen. Elektromotoren sind wahrlich Mangelware, ob bei der Bahn oder anderswo. Es ist nicht wahr,

dass es außer der Kriegsproduktion nichts gibt. Wir müssen in den Köpfen der Arbeiter wieder verankern, dass es sie zu interessieren hat, was sie produzieren und dass sie es auch beeinflussen können. Auch bezogen auf die aktuell laufenden Betriebsratswahlen. Selbstredend erstrecken sich die gesetzlichen Mitbestimmungsrechte nicht direkt auf die Frage, welches Produkt hergestellt wird, aber ein Betriebsrat, den interessiert was produziert wird, hat einige Möglichkeiten, z.B. in der Verweigerung von Arbeitszeiterhöhung, Mehrarbeit oder bezogen auf die Arbeitssicherheit.

Schwerpunkt bei der Organisation des Proletariats ist gegen die Kriegswirtschaft, gegen den Staat. Hier sind die größten Ängste des Proletariats. Der Kampf gegen die Mobilmachung braucht den Streik des Proletariats, allein Großdemonstrationen reichen nicht, bzw. kommen ohne kämpfendes Proletariat gar nicht auf die Beine.

*aus der Plenartagung des Zentralkomitees
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD
Februar 2026*

DIE KÄMPFE DES PROLETARIATS INTERNATIONAL UND IHRE BEDEUTUNG FÜR DIE ARBEITERKLASSE HIERZULANDE

Die Freude ist verständlich über die Streiks in vielen europäischen Ländern, wenn man es täglich mit dem Elend dieser deutschen Arbeiterklasse zu tun hat und ihren Trillerpfeifen-„Streiks“ um ein paar Cent mehr Lohn in Kriegszeiten. Und da die Gewerkschafts-Oberenden noch die Haltung von Hilfskräften des deutschen Krieges einnehmen, in Abschlüssen mit der Kriegswirtschaft oder darin das Elend des Proletariats und der Werktätigen verlängern in der staatlich immer mehr angeordneten Kriegswirtschaft des deutschen Hauptfeindes im eigenen Land und der Völker in Europa. Da können dann kurzfristige Niederlegungen der Arbeit zu einem Widerstand! werden, der nicht nur durch und durch reaktionär ist, sondern sich die deutsche Arbeiterbewegung gegen die Arbeiterbewegungen anderer Länder richtet. Streik ist eben nicht gleich STREIK, das kennen wir aus der deutschen Geschichte. Wahrlich.

Aber auch internationaler Streik der Arbeiterbewegungen in anderen Ländern ist nicht gleich Streik und eine pauschale Idealisierung der Kämpfe der Arbeiter anderer Länder hilft uns hier nicht weiter. Wir Kommunisten haben die verschiedenen Kämpfe konkret zu untersuchen. In den meisten Fällen gibt es genug Material von Seiten der Gewerkschaften dieser Länder. In nicht wenigen ist eine sehr materialistische Darstellung zu finden, wie weit die Organisation der Streiks die Arbeiterklasse erfasst hat oder eben nicht oder die Haltungen und Forderungen der Lage des Proletariats nicht mehr gerecht werden oder sie genau erfasst hat – das besagen ihre Berichte zu ihren Ergebnissen schon und sind auch in der Organisation vorhanden.

Wir haben zu analysieren, inwieweit es sich um Kämpfe des Proletariats gegen den kapitalistischen Staat und seine Regierungen handelt, die die Klasse ein Stück zusammenschließen oder ob es sich um isolierte Kämpfe einzelner Abteilungen der Klasse, um ihre speziellen Probleme in ihrem Elend, handelt. Wir haben zu prüfen, inwieweit es Gemeinsamkeiten gibt. Zum Beispiel bei den Streiks der Eisenbahner in einzelnen europäischen Ländern, ob damit der internationale Zusammenschluss der Bahnarbeiter gefördert werden kann, auch von uns selbst usw. Oder: Darin zeigt sich uns auch, ob die von ihnen längst angestrebte Anti-Kriegsfront über die einzelnen Ländern hinweg uns wahrlich in unserer Klasse selbst zu nutzen ist. Oder welche Gegenmaßnahmen sie im industriellen Ausbeutungs-Betrieb gegen den Fluch der Automatisierung durch proletarisches Handeln, in den Streiks zeigen, dass die Automatisierung dem Arbeiter zum Segen wird – und sei es in einer Front der Verkürzung der Arbeitszeit der

Klasse in ihrem Land, wie bei uns selbst. Also in der 5-Tage-Woche ist mit 7 Stunden pro Tag per Gesetz die Ausbeutung des Proletariats zu reduzieren. Darin kann sich eine über die Länder hinweg beginnende Einheit aufzeigen z. B. jetzt im letzten Generalstreik in Griechenland.

In **Belgien** steht nicht wie in Spanien und in Griechenland der Angriff gegen den Staat im Vordergrund, der sich immer mehr als ideeller Gesamtkapitalist zurückzieht, die staatliche Bahn und weitere öffentliche Verkehrsmittel privatisiert und die gesamte Infrastruktur verrotten lässt, um die Kriegskasse auf Kosten der Lokführer und ihrer Fahrgäste zu füllen, als Teil der in Europa weiter stattfindenden Entstaatlichung. Der berühmte Sarg, den sie in Brüssel mitgetragen haben, ist es wahrlich nicht, der die gesamte Klasse zum Kampf auffordert. Ein Rückschritt gegenüber dem allgemeinen Generalstreik im November letzten Jahres, der immerhin die Regierung zum vorläufigen Stopp von einzelnen staatlichen Gesetzen gegen das belgische Volk, Angriffen gegen das Volk, gezwungen hat auf „Eis“ zulegen.

Der mehrtägige Streik der Eisenbahner in **Spanien**, nach fast 50 Toten, hat immerhin der Regierung Investitionen von 1,8 Milliarden in die Infrastruktur abgerungen, sowie 3.650 Neueinstellungen und deutliche Verbesserungen in der Sicherheit. Ein Streik, der das Volk an die Seite der Bahnarbeiter brachte und als „Anlass“ in so vielen Ländern, darunter auch Deutschland, gegeben wäre Eine staatlich ausgeblutete Bahn, die Leben kostet, am Ende des Imperialismus, in dem sich eine Handvoll Finanz- und Industrie-Kapitalisten den ganzen Staat untergeordnet hat und ihn tagtäglich mehr zersetzt. Was der Weg der Imperialisten des Faschismus und des Krieges unabwendbar benötigt. Die Ausbeutung und Unterdrückung noch zeitweilig gegen die Proletarische Revolution zu verteidigen.

Die **Griechen** haben im vergangenen Jahr zum 2. Jahrestag des Eisenbahnunglücks zu einem Großstreik aufgerufen gegen den Staat, der Milliarden für den Krieg verpulvert, zu Lasten der Bahnsicherheit. Keine Stadt, kaum ein Dorf ohne Demonstration. Und im Oktober der Generalstreik gegen die Angriffe der Regierung auf die Arbeiter und Werktätigen und gegen den Krieg. Die PAME stellt in diesem Kampf die Forderung nach 7-Stunden an 5 Tagen in den Mittelpunkt, eine Losung, die die Klasse zusammenschließt und die eine direkte Antwort ist auf den 13-Studenten Tag der Regierung. Das ist eine Losung, die in der Lage ist, nicht nur das griechische, sondern auch international das Proletariat zusammenzuschließen.

Die **italienische USB** hat zwar ihre seit ca. 3 Jahren bestehende Losung „Waffen runter – Löhne rauf“ nicht aufgegeben, stellt aber immer mehr den Kampf gegen die Kriegswirtschaft und die Regierung in den Vordergrund. Ihre Antwort – und auch die anderer kämpfender Gewerkschaften - auf Massenentlassungen und Verelendung des Proletariats, auf die Automatisierung in der Industrie, sowie auf die KI ist aber ungenügend,

weil sie darin nur die Seite der Zerstörung der Individualisierung des Proletariats noch sehen möchte und nicht die Chancen für die Klasse. Das mag mit ein Grund dafür sein, dass sie in der Industrie nur relativ schwach verankert ist bzw. das Industrieproletariat ihrem Streikaufruf noch in ungenügender Weise Folge leistete. Aber in all diesen Länder zeigt sich der deutschen Arbeiterbewegung, die proletarische Katastrophe der Zertrümmerung der sozialistischen Welt und darin ihrer Avantgarde, der Kommunistischen Parteien. Die Arbeiterbewegung beginnt langsam dies zu überwinden, wenn sich immer größere Teile des Proletariats ihrer Länder schon mal in gewerkschaftlich organisierten Kämpfen beteiligen, die Jahr für Jahr wie insbesondere im letzten Jahr, zunehmen und die Arbeiterklasse als Klasse beginnt, erneut sich zu formieren und als Macht zu zeigen.

Die Streikaktionen der **Hafenarbeiter** am 6. Februar haben eines offenbart: Nur in Italien und in Griechenland ist es gelungen, weitere Abteilungen der Klasse in den Kampf mit einzubeziehen. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, was auf den Fotos und Filmen sichtbar geworden ist: Die Automatisierung der Häfen hat diesen Teil des Proletariats deutlich reduziert. Insofern haben wir mit unseren kleinen Unterstützungsaktionen vor BMW, Daimler, ZF, MAN, Bremerhaven etc. ein kleines Signal auch international gesetzt: Die Hafenarbeiter brauchen nicht nur die Unterstützung der Metallarbeiter und der anderen Abteilungen der Klasse, zumal ihre Produkte, die Waren, letztendlich in den Häfen nicht nur landen und so der Kampf ganz materialistisch zu einem gemeinsamen werden muss, sondern der Imperialismus, die Kapital-Auslagerung der Industrie, die nationalen Arbeiterklassen wahrlich zur internationalen Klasse vereint und Marx und Engels zur tagtäglichen Realität werden: „Arbeiter aller Länder, vereint euch!“

Es liegt also auf der Hand, dass der Klassenkampf nicht mehr nur in den einzelnen Betrieben geführt werden muss oder nur darin eben seinen Ausgang nimmt, sondern längst ein staatlicher Kampf gegen Regierung und Kapital werden muss, soll er noch Siege erzielen, wie sich im besonderen längst international zeigt. So zeigt sich die Macht der Klasse, wenn ihr Kampf den längst zu Grunde gehenden nationalen Staat verlässt und nicht allein in allen Monopolbetrieben, wie im internationalen Transport. Nicht zu vergessen, dass die Zahl des Industrieproletariats in diesem Land rapide sinkt (minus 400.000 in den letzten 4 Jahren), dass aber umso mehr Menschen in aller Welt direkt durch deutsche und anderweitige Monopole ausgebeutet werden und die Vergesellschaftung der Produktion längst an den völkischen und nationalistischen Schranken rüttelt.

Genossen, die Kämpfe des internationalen Proletariats helfen auch unseren Arbeitern zu erkennen, dass der Klassenkampf auch für sie nicht nur nützlich ist, sondern längst eine Haltung bedarf: Arbeiter, wo immer ihr Arbeiter in der Welt seid, wir sind eine Klasse und haben alle nur ein einziges unmittelbares Ziel – den Sozialismus, um das Elend und den Krieg der Herrschenden endlich zu besiegen. Wer darin nicht teilnimmt, wird im

Krieg und Faschismus erneut untergehen und im Elend des Krieges landen. Dazu aber genügt es nicht, auf der „moralischen Ebene“ diese Streiks zu idealisieren, sondern sehr konkret die daraus erfolgende Taktik für unseren Kampf abzuleiten. Diskutiert und analysiert also die Berichte und Einschätzungen dieser Kämpfe des internationalen Proletariats in den Betriebseinheiten und Plena. Dessen bedarf unabwendbar die Taktik des Widerstandes, des Herankommens an die eigene Streikfront, um die deutsche elendige Lage des STREIKBRUCHS gegenüber dem Arbeiter anderer Länder, wie zu sich selbst, zu beenden. Nur so werden wir sein Lohnarbeiterverhalten „Arbeit um jeden Preis“ erschüttern können. Nur so werden wir ein Stück dem Arbeiter den Nachweis liefern können, wie er sich als Abteilung der inter-nationalen Antikriegsfront zu verhalten hat. Und, dass es ohne die Arbeiterpartei, seiner Mitgliedschaft im Wiederaufbau der KPD, nicht geht. Dass nicht einmal die Klassenlage in den DGB-Gewerkschaften – als die internationalen STREIKBRECHER – vom Arbeiter in unserem Land überwunden werden kann. Es ist eben auch die Analyse der Taktik der europäischen Gewerkschaften verpflichtend und darin sind eben auch die kleinen Delegationen, die unsere Organisation zu ihnen sendet, nützlich und ein kleiner Anfang, die nationale und internationale Anti-Kriegsfront auch durch uns ein wenig zu festigen und zu stabilisieren. Die Bereitschaft von den Gewerkschaften, die sich in der Organisation der Streiks befinden, ist wahrlich uns noch gegeben. Wenn auch der Klassenhass gegen den DGB und seinen Einzelgewerkschaften zunimmt und dies zu Recht.

*aus der Plenartagung des Zentralkomitees
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD
Februar 2026*

SPLITTER
ZUR JÜNGSTEN ENTWICKLUNG DES
NOTSTANDS DER REPUBLIK IM KRIEG -
DER KRIEG IST IN DER WELT!
JANUAR 2026

Wer im Krieg noch auf Tarifrunden und Tarifverträge setzt, hat wohl den Schuss nicht gehört!

Die seit über 3 Jahrzehnten erneut andauernde allgemeine Krise des Kapitalismus ist gekennzeichnet durch Kriege und Revolutionen. In ihr, in der allgemeinen Krise, steckt insbesondere der deutsche Imperialismus als Annexionist der DDR, die zu weiterem Raub und Weltkrieg führen musste und muss wie auch zur nicht endenden Weltwirtschaftskrise mit Millionen Erwerbslosen hierzulande und Milliarden weltweit. Im Krieg, der noch kein Weltkrieg ist, und angesichts Millionen Erwerbsloser ist der Kampf gegen einzelne Teile des Kapitals (Branchen) nicht mehr gewinnbar. Auch nicht gewinnbar bei Abteilungen von Staatsangestellten wie bei den Verdi-Tarifrunden zur Stunde. Folglich ist der Zusammenschluss von einzelnen Abteilungen der Arbeiterklasse für die Formierung zur Klasse überlebt, erst recht in Kriegszeiten. Denn der Krieg kann die Anerkennung freier, kämpferischer Gewerkschaften nicht dulden, sie sind unvereinbar mit Neuaufteilung und Raub. Davon spricht der Notstand der Republik, hervorgegangen aus der Annexion der DDR, bis in die heutige Kriegszeit Bände seit Jahren.

Eine Arbeiterklasse, die den Staatskampf nicht führt, wird im Krieg sich wiederfinden und zum politischen Kampf für die Errichtung von Räten zur Revolution für die Befreiung und dem Frieden, der rot ist, nicht gelangen können.

Darüber schreiben wir seit Jahren wie auch in der Berichterstattung der diesjährigen Januar-Planartagung.

Sämtliche Illusionen in Tarifverträge und -Runden oder in die gewerkschaftlichen Kampf-formen der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts führen heute weder zum Anti-Kriegskampf noch zur Befreiung von Krieg, Faschismus, Ausbeutung und Unterdrückung.

Wer aber noch einer Illusion anhängt, der nehme zur Kenntnis, dass das Tarifsystme heute direkt in den Krieg führt:

Verdi hat mit der bundeseigenen Heeresinstandsetzungsgesellschaft GmbH „Partner der Bundeswehr“ mit 3.200 Arbeitern an mehr als 70 Standorten einen **„Tarifvertrag zur Landes- und Bündnis-verteidigung abgeschlossen“**, so das deutsche Kriegsministerium. Für den Krieg im eigenen Land sowie gegen die Arbeiter und Völker anderer Länder!!

Weiter schreibt das BMVg: „Dieser bietet erstmals verbindliche und planbare Rahmenbedingungen für Krisen- und Kriegssituationen. Damit ist sichergestellt, dass im Ernstfall angemessen auf die besonderen Herausforderungen einer solchen Situation reagiert werden kann. So können bei erhöhtem Bedarf beispielsweise die Arbeitszeiten erhöht werden, um die anfallende Mehrarbeit zu bewältigen. Insbesondere der neue Tarifvertrag zur Landes- und Bündnisverteidigung leistet somit einen wichtigen Beitrag zur materiellen Einsatzbereitschaft der Streitkräfte.

Der ausgewogene und zukunftsorientierte Tarifabschluss trägt dem im Koalitionsvertrag niedergelegten Bekenntnis zu einer höheren Tarifbindung Rechnung und zeigt, dass sich Leistungsfähigkeit im Krisen- und Kriegsfall und attraktive Arbeitsbedingungen nicht ausschließen.“

Über Einzelheiten schreibt Thomas Wiegold, der immer wieder im Fernsehen etc. zur Bundeswehr zu sehen ist, auf seinem Blog „Augen geradeaus!“:

„Kriegstüchtig per Tarifvertrag

Veröffentlicht am 08.01.2026 von T.Wiegold

Für einsatzbereite Streitkräfte (oder in den Worten von Verteidigungsminister Boris Pistorius: kriegstüchtige) ist nicht nur die Aufstellung und Ausstattung der Truppe wichtig. Sondern ebenso die Aufstellung des zivilen Personals, das für die Bereitstellung und Reparatur von Material sorgt. Für die *Heeresinstandsetzungslogistik* (HIL), ein bundeseigenes Unternehmen, ist deshalb zum Jahresbeginn ein erster *Tarifvertrag zur Landes- und Bündnisverteidigung* in Kraft getreten.

Die HIL GmbH soll die *landbasierten Waffensysteme der Bundeswehr verfügbar halten* und das Management, Reparatur und Instandsetzung ab einem bestimmten Niveau übernehmen. Rund 3.200 Beschäftigte an mehr als 70 Standorten, darunter drei Instandsetzungswerke, übernehmen dabei technische Aufgaben, die die Truppe selbst nicht (mehr?) leisten kann und soll.

Der neue Tarifvertrag, den die Gesellschaft im Auftrag des Verteidigungsministeriums mit der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di bereits im November vergangenen Jahres abgeschlossen hatte, ergänzt einen ebenfalls neuen Manteltarifvertrag für die Beschäftigten. Im Unterschied zu üblichen Tarifverträgen legt die neue Vereinbarung aber weitreichende Arbeitszeitveränderungen für einen Krisenfall fest – bis hin zur Anordnung von erheblich ausgeweiteten Arbeitszeiten und die auch nachts oder an Sonntagen.

Die Leistungen der HIL, so heißt es im Tarifvertrag, der *Augen geradeaus!* vorliegt, sollen damit kurzfristig gesteigert werden, wenn die *Bundeswehr als einziger Kunde einen entsprechenden Bedarf* hat. Der Krisenfall, in dem die neuen Regelungen in Kraft gesetzt werden können, umfasst nicht nur den Spannungs-, Verteidigungs- oder Bündnisfall,

sondern auch andere *Szenarien der Krise und Vorstufen davon für alle Aufgaben der Bundeswehr.*

Damit der so genannte *Krisenbetrieb* angeordnet werden kann, soll nach einem entsprechenden Alarmbefehl des Verteidigungsministers der Alleingesellschafter Bundesrepublik Deutschland per Gesellschafterbeschluss die Bestimmungen des Tarifvertrags auslösen. Als Folge kann der Samstag zum Regelarbeitstag erklärt, die regelmäßige Wochenarbeitszeit auf bis zu 48 Stunden erhöht oder sogar *ein Arbeitszeitkorridor bis zu 60 Wochenstunden eingerichtet* werden. Auch eine Arbeitszeit von mehr als zwölf Stunden pro Werktag ist möglich, wenn es auf das Jahr gesehen bei durchschnittlich 48 Wochenarbeitsstunden bleibt.

Dass *die Lage der Arbeitszeit von dem Arbeitgeber frei bestimmt* werden und auch Nachtarbeit oder die Arbeit an Sonn- und Feiertagen bedeuten kann, ist eine Regelung, die sich in dieser Ausschließlichkeit selten in Tarifverträgen findet und zeigt, für welche ernststen Lagen der Vertrag geschlossen wurde. Selbst solche schwer wiegenden Veränderungen für die Arbeitnehmer kann das Unternehmen innerhalb von 24 Stunden anordnen, *wenn sich die Notwendigkeit für die veränderten Arbeitsbedingungen kurzfristig oder unerwartet ergibt.*

Zudem werden, falls nötig, Urlaubssperren, Schichtarbeit, eine Rufbereitschaft oder Bereitschaftszeit ermöglicht – und der Einsatz des (ja nach wie vor zivilen) Personals in Krisengebieten. Allerdings gilt das in einem Kriegsfall nicht gegen den Willen der Beschäftigten: *Unzumutbarkeit ist ab dem Zeitpunkt gegeben, in dem das Auswärtige Amt deutsche Staatsangehörige dazu auffordert, den betreffenden Ort zu verlassen oder eine ausdrückliche Reisewarnung ausspricht.* Bei ausdrücklicher Zustimmung des Arbeitnehmers, so heißt es im Tarifvertrag, kann er aber auch dann vor Ort bleiben und weiterarbeiten.

Der neue Vertrag, so hatte das Ministerium zum Inkrafttreten erklärt, *leistet somit einen wichtigen Beitrag zur materiellen Einsatzbereitschaft der Streitkräfte.* Wie massiv die Krisenregelung vom Friedensbetrieb abweicht, zeigt allein die Erhöhung der zulässigen Wochenarbeitszeit von normalerweise (jetzt) 35 auf dann bis zu 60 Stunden.

Interessante Frage wird, ob und was davon auf Verträge mit anderen zivilen Unterstützern der Bundeswehr übertragen werden kann. Denn die HIL hat ja einen Sonderstatus, weil sie *als organisationsprivatisierte, im Alleineigentum des Bundes stehende Gesellschaft staatliche, vormalig in Behördenform durchgeführte, Aufgaben wahrnimmt und integraler Bestandteil des Logistischen Systems der Bundeswehr ist* (O-Ton Tarifvertrag).“

Dies erfahren wir von einem Militärschreiber, während ver.di von einem „richtig großen Erfolg“ gegen ihre Mitglieder ihre Mitglieder betrügt und belügt und in ihrer Pressemitteilung zum Schluss kommt:

„Die Tarifeinigung sei ein klares Signal, dass die Bundeswehr sich künftig unabhängiger von der Industrie aufstellen wolle und auf verlässliche Eigenkräfte setze. Dies zeige sich auch im neuen Tarifwerk: Neben dem Manteltarifvertrag und den Regelungen zu Entgelten und zur Eingruppierung ermögliche ein neuer Tarifvertrag „Landes- und Bündnisverteidigung“ abweichende Arbeitszeiten in definierten Krisenfällen. Das Tarifwerk verbinde so berufliche Sicherheit sowie gute Arbeits- und Einkommensbedingungen mit Flexibilität.

Die Arbeit am Tarifpaket für die Bundeswehr-Tochter sei gleichwohl noch nicht abgeschlossen: „Im nächsten Schritt verhandeln wir Themen wie betriebliche Altersversorgung, Lebensarbeitszeit-konten und Regelungen für Nachwuchskräfte“, kündigte Behle an.“

Der Köder für die Beschäftigten von ver.di: „Allein die Einführung der 35-Stundenwoche bei der HIL, statt bisher 40, bedeute rechnerisch eine Gehaltssteigerung von 12,5 Prozent.“

Ist diese Heuchelei noch zu überbieten? Mit dem kleinen Finger halten sie die 35-Stunde-Woche statt 40 Stunden den Beschäftigten entgegen, um mit der anderen Kralle die 48- bzw. 60-Stunden-woche im Krisenfall zu beschließen!!!! Da kann ich als HIL-Beschäftigter doch nur dieser Hilfstruppe für das deutsche Kapital und ihren Angriffskrieg kündigen und die verdi-Mitgliedsbücher in Eimern im Betrieb einsammeln.

Das ist eine Kriegserklärung in Form des sog. „Tarifvertrags“ an die gesamte Arbeiterklasse, nicht nur an die ver.di-Mitglieder. Es ist ein Schlag ins Gesicht der streikenden Arbeiter in Italien, Griechenland, Belgien, Portugal und allen anderen Ländern. Es ist ein Vertrag mit der Bundeswehr (die im Namen des Bundes als Alleingesellschafter der HIL die Verhandlung führte) zur Niederwerfung streikender, gegen ihren blutigen Krieg Widerstand leistender Arbeiter. Kein bewusster Gewerkschafter kann dies hinnehmen! Darüber in den ver.di-Warnstreiks die Kollegen zu informieren, scheint der einzige Grund zu sein, dorthin zu gehen und eine Aufgabe insbesondere der RF zu sein.

Er kann in gewisser Weise ein Mustertarifvertrag werden für den kommenden Faschismus, sollte dieser aufgrund der Klassenverhältnisse und Klassenkämpfe national wie international anfangs noch parlamentarisch verbrämt sein, denn die heutigen Gewerkschaften sind längst keine mehr, sondern Handlanger und Hilfstruppen des aggressiven, kriegführenden deutschen Finanzkapitals und damit auch für ihren Krieg zeitweise noch brauchbar.

Es ist auch die direkte Folge der Soldaten und Offiziere als Mitglieder in verdi seit vielen Jahren, was die „Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“, aus der 1919 der ADGB hervor-ging, nie in sich trug. Die aber 1916 das Vaterländische Hilfsdienstgesetz begrüßten, in dem u.a. die Gewerkschaften gewissermaßen als Tarifvertreter der Arbeiter von der Monopolbourgeoisie und ihrem Staat anerkannt wurden für ihre Hilfsdienste für das Völkergemetzel. Und der Vorbereiter waren für

das Novemberabkommen am 15.11.1918 als Grundlage von Branchen-Tarifverträgen zwischen Kapitalistenverbänden und Einzelgewerkschaften. Die Geburtsstunde der Branchentarifverträge liegt also 1916 im Krieg in Form des Vaterländischen Hilfsdienst-Gesetzes zur Zwangsverpflichtung aller Männer zwischen 17 und 60 Jahren in der Kriegswirtschaft etc.

Die IG Metall Baden-Württembergs war vorgeprescht mit dem TV zur Pressung erwerbslos gewordener Arbeiter in die Kriegsproduktion, dem nun ver.di folgt mit dem TV mit dem Kriegs-ministerium. Dem weitere folgen werden in der Rüstungsproduktion wie auch anderen Bereichen, das erfordert die Kriegswirtschaft. Oder der Faschismus, die Militärdiktatur verzichtet ganz auf Verträge, da sie die Gewerkschaften ganz ausschalten in ihrer offen terroristischen Diktatur.

Diese Tarifverträge müssen in den Sitzungen der RF behandelt und besprochen werden und aus den Besprechungen folgend die Taten, also der Widerstand der Gewerkschaftsmitglieder dagegen.

Das sind Themen in den VK-Sitzungen, den Gewerkschaften und den Betriebsräten.

Aber auch unter den Kommunisten und in der FDJ sind sie zwingend wie auch in kleinen Kästen unserer Betriebszeitungen.

Neues BND-Gesetz –Lizenz zur Sabotage im Ausland

Für den Eroberungs-Krieg zur Okkupation ehemaliger Volksdemokratien und Sowjetrepubliken braucht der deutsche Kriegstreiber wie schon die Hitler-Armeen auch Geheimdienste, die in diesen Ländern neben der Spionage auch Sabotagen verüben. Bisher durfte der BND laut Gesetz nur schnüffeln und spitzeln mit seinen Dreigroschenjungen im Ausland. Nach der Annexion der DDR und im Zuge der Okkupationen von Gebieten, insbesondere in Litauen, wird die Sabotage zur Notwendigkeit, die natürlich schon länger praktiziert wird, nun aber eine Scheinlegalität per „Gesetz“ erhalten soll. Wie der BND dann auch im eigenen Land spitzeln und sabotieren soll im Bürgerkrieg, wozu er als Auslandsgeheimdienst keine einzige Berechtigung besitzt, sondern verboten ist bis zur Stunde.

Was ist geplant?

„Berichten zufolge arbeitet die Bundesregierung an einem neuen BND-Gesetz, das nicht nur den Einsatz von Gesichtserkennungssoftware, den Einbruch in Wohnungen zur Installation von Spionage-software sowie das Anwerben von Minderjährigen im Alter von 16 Jahren als Quelle erlaubt, sondern auch das gezielte Begehen von Straftaten im Ausland.[8] Zudem sollen BND-Agenten in Zukunft neben der Spionage, auf die sie sich bislang beschränken müssen, auch Sabotage begehen sowie sonstige operative Maßnahmen ergreifen dürfen. Die Rede ist von „operativen Anschlussmaßnahmen“, vor allem „solche, die die gegnerischen Angriffsfähigkeiten schwächen“. Erlaubt sein sollen diese offenbar nicht nur im Ausland,

sondern auch auf deutschem Territorium. Demnach können sie stets gestattet werden, „wenn geeignete polizeiliche oder militärische Hilfe nicht recht-zeitig erlangt werden kann oder [!] die Maßnahme im Hoheitsgebiet eines fremden Staates durch-geführt werden soll“.[9] Wie weit der Spielraum erlaubt Sabotagemaßnahmen reicht und ob er auch Handlungen umfasst, bei denen Menschen zu Schaden kommen, ist nicht bekannt.“ gfp, 22.12.25

Das ist die konsequente Nachfolge der Nazi-Wehrmachtsorganisation Fremde Heere Ost, aus der die Organisation Gehlen nach dem Krieg hervorging, die dann den BND aufbaute bis zu seiner Gründung 1956. Das gesamte Gesindel wurde nie entnazifiziert, sondern umgehend gegen die DDR und die Volksdemokratien Osteuropas sowie der UdSSR in Gang gesetzt durch die Adenauer-Reaktion.

Selbst die Tagesschau berichtete am 18.12.25, einem Teil der Herrschenden scheint es doch so langsam mulmig zu werden:

„Mehr Handhabe bei Cyberangriffen

Die Wunschliste des Kanzleramtes geht tatsächlich weit: Bei Cyberangriffen soll es dem BND erlaubt werden, aktiv zurückzuschlagen, etwa Datenströme umzuleiten und sogar IT-Infrastruktur anzugreifen, die für solche Attacken genutzt wird. Der BND soll selbst verdächtige Drohnen über seinen Liegenschaften mit "geeigneten Mitteln" abwehren dürfen. Künftig soll der Dienst auch Daten über Fahrzeuge, etwa Standortdaten oder gefahrene Routen, von Herstellern oder Werkstätten anfordern dürfen. Auch der Einsatz von Gesichtserkennungssoftware soll erlaubt werden.

Um Spionagesoftware auf Computern von Zielpersonen installieren zu können, soll dem BND außerdem erlaubt werden, heimlich in Wohnungen einzudringen. Den BND-Spionen soll zudem gestattet werden, an gegnerischen Geräten oder Waffensystemen Technik zur Nachverfolgung anzubringen - oder diese so zu manipulieren, dass sie nicht mehr funktionsfähig sind. Dies könnte zum Beispiel Raketentechnik oder Zentrifugen betreffen, die in den Iran geliefert werden sollen.

Erforderliche Straftaten und Datenspeicherung

Neu ist außerdem: Menschlichen Quellen, Nachrichtendienstliche Verbindungen (NDV) genannt, soll es erlaubt werden, im Ausland auch bestimmte Straftaten zu begehen, wenn dies für ihre Quellen-tätigkeit erforderlich ist. In der Begründung heißt es, es könnte notwendig sein, dass ein deutscher Söldner auf Seiten Russlands, der insgeheim für den BND arbeitet, in ein Auto einbricht, um Unter-lagen zu entwenden. In Ausnahmefällen sollen zudem sogar Personen ab 16 Jahren als Quellen geworben werden dürfen.

Bei Datenspeicherungen soll der BND ebenfalls mehrere Ausnahmeregelungen erhalten. Die Speicherfristen bestimmter Daten sollen von zehn auf fünfzehn Jahre verlängert werden. Dies, so heißt es, sei

beispielsweise notwendig, um russische Spione besser aufspüren zu können, die teilweise nach mehreren Jahren wieder ältere Tarnidentitäten verwenden.

Daten von Minderjährigen sollen nach Wunsch des Kanzleramtes nicht zwingend automatisiert gelöscht werden: Bei Recherchen beispielsweise zu russischen Oligarchen oder Terroristen würde der BND in sozialen Medien oftmals auf Fotos stoßen, auf denen auch Kinder zu sehen seien. Es sei für die weitere Aufklärung hinderlich, wenn diese sofort gelöscht werden müssten. Gleichzeitig soll dem BND erlaubt werden, große Datenmengen künftig auch mit Künstlicher Intelligenz zu analysieren.

BND als militärischer Auslandsnachrichtendienst?

Eine geplante Änderung könnte für die größte Kontroverse sorgen. Sie findet sich gleich im ersten Paragraph des Entwurfs. Dort heißt es: "Der BND ist der zivile und militärische Auslands-nachrichtendienst der Bundesrepublik Deutschland."

Das klingt banal. Damit würde jedoch erstmals gesetzlich definiert, dass der BND der deutsche militärische Auslandsnachrichtendienst ist. Dies dürfte im Verteidigungsministerium als Frontal-angriff gewertet werden. Denn in der Konsequenz würden wohl umfangreiche militärische Aufklärungsmittel, die derzeit zur Bundeswehr gehören, zum BND wandern. Das zivile und das militärische Lagebild würden dann von einer obersten Bundesbehörde bestimmt, die einzig dem Kanzleramt unterstellt ist - und im Kriegsfall nicht in die Strukturen der Streitkräfte eingebunden ist. "

All dies ist grundgesetzwidrig und verstößt gegen das Völkerrecht. Der BND ist längst in Litauen bei der deutschen Brigade und handelt gegen das Volk Litauens.

Die Staaten Europas und andere, insbesondere die der ehemaligen Anti-Hitlerkoalition und die Unterzeichnerstaaten des 2+4-Vertrags, müssten aufschreien und den deutschen Angriffskrieger in die Schranken weisen bei dieser ungebrochenen Vergangenheit, die eine rein blutige war. Sollten wir diese Ungeheuerlichkeit nicht den Teilnehmern der Internationalen Antikriegsfront zur Kenntnis geben? Und gibt es Möglichkeiten, andere Staaten in Kenntnis zu setzen?

Der BND spitzelt und begeht Sabotage im In- und Ausland – der deutsche Staat verfolgt wider-rechtlich Kriegsgegner:

Kritik wird nicht geduldet

Die Berliner Kriegsvorbereitungen gehen mit einem rasanten Anwachsen der Repression einher. Am vergangenen Donnerstag wurde in Freiburg der ehemalige Schüler Bentik S. zu 15 Arbeitsstunden verurteilt, weil er nach dem Besuch eines sogenannten Jugendoffiziers im Februar

2025 an seiner damaligen Schule Protest geäußert hatte. Dabei hatte er in den sozialen Medien mit zwei Bild-montagen angeprangert, dass zum einen die Bundeswehr unter Schülern um Rekruten wirbt, die im Kriegsfall an einer neuen Ostfront sterben könnten, und dass sie zum anderen immer noch extrem rechte Soldaten in ihren Reihen hat.[10] Der Fall belegt: Die Bundeswehr toleriert solche Kritik nicht mehr; wer sie dennoch äußert, muss fürchten, verklagt und verurteilt zu werden.

Mit Sanktionen gegen Journalisten

Kurz zuvor, am vergangenen Montag, hatte die EU Sanktionen gegen den Schweizer Oberst a.D. Jacques Baud verhängt, der sich mit weithin rezipierten Publikationen zum Ukraine-Krieg einen Namen gemacht hat.[11] Baud ist dafür bekannt, der offiziellen EU-Darstellung zur Entstehung des Ukraine-Kriegs nicht zuzustimmen und eine davon abweichende Position zu vertreten. Er bestätigt, seine Recherchen nur mit westlichen und ukrainischen Quellen zu belegen, nicht mit russischen – aus der Befürchtung heraus, russische Quellen würden als grundsätzlich unglaubwürdig abgetan. Die EU – offensichtlich nicht in der Lage, ihm strafrechtlich etwas anzukreiden – wirft ihm vor, „regelmäßig Gast in prorussischen Fernseh- und Radioprogrammen“ zu sein und „Verschwörungstheorien“ zu verbreiten. Die Sanktionen untersagen unter anderem jeglichen geschäftlichen Kontakt mit Baud. Weil der Schweizer in Belgien lebt, einem EU-Mitgliedsland, ist er jetzt nicht einmal mehr berechtigt, Geld von seinem Bankkonto abzuheben, Lebensmittel zu erwerben und sich von einem Arzt behandeln zu lassen; würden Freunde ihm einen Euro zustecken, begingen sie eine Straftat. Baud ist nicht der erste Fall; auch gegen den in Deutschland lebenden Journalisten Hüseyin Doğru hat die EU identische Sanktionen verhängt. Die Bundesregierung stimmt dem Vorgehen der EU ausdrücklich zu.[12]

gfp 22.12.25

Weitere Schritte im Aufbau einer deutschen Kriegswirtschaft

Der Aufbau der deutschen Kriegswirtschaft nimmt weiter Kontur an. Hatten sich die Rüstungsproduzenten ihre Kriegsminister verstärkt seit 2014 an den Tisch geholt, so versammelten sie nun erst-mals in ihren Gesprächen mit Kriegsminister Pistorius auch die Konzerne der Zivilproduktion an einem Tisch im Bendlerblock, an dem auch Wirtschaftsministerin Reiche Platz nahm. Ziel ist die Führung des deutschen Raubkriegs, Zweck die Verzahnung der gesamten Industrie für ihren mörderischen Krieg.

German foreign policy schreibt:

„Gemeinsam für Aufrüstung

Einen „strategischen Industriedialog“ mit dem Verteidigungsministerium führt der Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV), die Lobbyorganisation der deutschen Rüstungsbranche, bereits seit 2014; der Ursprung des Formats lag demnach in der Eskalation des Machtkampfs gegen Russland um die Ukraine. Neu an dem diesjährigen Spitzentreffen war allerdings, dass neben der Rüstungsindustrie auch die zivile Wirtschaft eingebunden wurde. Das Verteidigungsministerium gibt an, die „gesamte Bandbreite der Industrie an einen Tisch“ gebracht zu haben.[1] Ein inhaltlicher Schwerpunkt der Gespräche war die Frage, wie die zivile und die militärische Industrie ihre Potenziale besser verzahnen können. Dabei streben Bundesregierung und Industrieverbände eine „enge Vernetzung“ an – bis hinein in „Forschung und Entwicklung“.[2] Die Trennung von Rüstungsindustrie und ziviler Wirtschaft „macht keinen Sinn“, behauptete Verteidigungsminister Boris Pistorius.[3] Die „Übergänge“ seien „nur noch fließend“, ergänzte Bundeswirtschaftsministerin Reiche.[4]

Die Krise als Chance

In der Verzahnung von Zivil- und Militärindustrie liege das „eigentliche Potenzial“ für die deutsche Hochrüstung, urteilte auf dem Treffen auch Peter Leibinger, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI). Dabei müsse die zivile Industrie „Kompetenzen für die Bedienung der Truppe“ erarbeiten.[5] Deutschland als „drittgrößte Industrienation der Welt“ habe ein „Potenzial, um das uns sehr viele auf der Welt nach wie vor beneiden“, erklärte Verteidigungsminister Pistorius. Deutsche Konzerne müssten weiterhin „weltweit vorne mitspielen“ – beispielsweise, indem sie sich zusammentäten und sich im Ausland „gemeinsam“ um die „begehrten Rohstoffe bemühen“, etwa Seltene Erden, die auch für die Rüstungsindustrie unverzichtbar sind.[6] Der erhebliche Bedarf an neuen Angestellten in der Rüstungsindustrie könne aus dem Personal gedeckt werden, das seine Arbeitsplätze aufgrund der umfassenden Krise der deutschen zivilen Industrie verliere.[7] Durch die Verlagerung in die Rüstungsindustrie würden nicht nur Arbeitsplätze erhalten und „Wirtschaftswachstum“ gesichert, hieß es weiter. Indem zivile Produktionskapazitäten „gezielt auf militärische Anwendungen übertragen“ würden, könne laut Wirtschaftsministerin Reiche eine „schlagkräftige“ Rüstungsindustrie aufgebaut werden. Die kriselnde Autoindustrie etwa verfüge „über Kompetenzen, die derzeit im Verteidigungsbereich dringend gebraucht werden“.[8]

Im modernen Krieg gewinne der, „der seine Frontstreitkräfte am schnellsten mit Technologie in relevanten Stückzahlen versorgt“.[12]

Der ministerielle Statthalter der großen Monopole, Pistorius, erklärte, entscheidend seien nicht nur das Endprodukt in den Beständen der

Bundeswehr, sondern auch die Produktions-Kapazitäten der gesamten Wertschöpfungskette und ihr schnelles Hochfahren.

In der gemeinsamen Pressemitteilung von Industrie und Bundesregierung heißt es am 2.12.25:

„Bundesministerin für Wirtschaft und Energie Katherina Reiche: Sicherheitspolitik ist immer auch Wirtschaftspolitik. Die aktuelle sicherheitspolitische Lage erfordert, dass wir stärker zusammenarbeiten - ressortübergreifend, branchenübergreifend, mit klarer Priorität auf Handlungsfähigkeit und gesamtstaatlicher Resilienz. Unsere Industrien verfügen über enorme technologische Stärke und hochqualifizierte Fachkräfte. Wenn wir Synergien zwischen ziviler und sicherheitsrelevanter Produktion schaffen, entstehen skalierbare Fähigkeiten, neue Arbeitsplätze und wir machen Lieferketten robuster.

Bundesminister für Verteidigung Boris Pistorius: Das heutige Treffen ist der Auftakt des Industrie-Dialogs. Gemeinsam wollen wir erreichen, dass sich die Unternehmen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie, Zulieferer und die Unternehmen anderer Branchen noch besser vernetzen und Synergieeffekte nutzen. Damit sichern wir die Wert-schöpfungsketten - von der Beschaffung des Rohstoffs über den Transport bis hin zur Weiter-verarbeitung und Produktion von Systemen. Und wir erreichen so genannte „Dual-Use Effekte“, bei denen die eine Branche von der Entwicklung der anderen profitiert. So können wir noch besser dafür sorgen, dass unsere Rüstungsunternehmen auch in Zukunft hochmodernste und innovative Waffen-systeme entwickeln und bauen können.“

Arbeiter, die Frage Wer – Wen ist heute längst gestellt: Entweder baut ihr eure eigenen Särge oder die für den Imperialismus.

Autobauer Renault stellt zwei Werke auf Kriegsproduktion um

Renault wird sein Werk in Le Mans von Fahrgestellen und Gussteilen auf Drohnen für den Krieg umstellen. Das Werk in Cléon soll die Motoren für die Drohnen fertigen, für den Bau von 600 Drohnen monatlich.

Das dürfte auch die Genossen der CGT interessieren, die aber bestimmt schon mehr Informationen haben als wir. Zumal das Renault-Werk in der französischen Volksfront keinen geringen Platz einnahm.

Deutsche Okkupationsbrigade in Litauen im weiteren Aufbau

Seit 2014 steht in Litauen unter deutscher Führung das Bataillon Lithuania mit 1200 Soldaten aus Litauen, Kroatien, den Niederlanden, Belgien, Norwegen, Luxemburg und der BRD sowie der annektierten DDR.

Dieses Bataillon hat der deutsche Generalstab nun der deutschen Brigade in Litauen unterstellt und in die Bundeswehr-Kampfverbände mit Panzertruppen und Panzergrenadieren eingegliedert. Diese Brigade wird im nächsten Jahr 5.000 Soldaten sowie zivile Beschäftigte umfassen.

Zur Erinnerung: Den kompletten Bruch jeglichen Völkerrechts begeht der deutsche Imperialismus an der Ostfront mit dieser Brigade, da sie nicht wie bislang das Bataillon ständig rotierender Soldaten und Waffen umfasst, sondern fest in Litauen als Speerspitze gegen die Völker der ehemaligen UdSSR jederzeit ab 5.45 Uhr zurückschießen kann.

Während die Bataillone in Lettland unter Führung Kanadas, in Estland unter Führung Englands ständig rotieren, da die feste Stationierung von NATO-Truppen aufgrund von Verträgen mit Russland auf diesen Gebieten untersagt ist. Was tun nun die o.g. Staaten, Belgien etc.? Wie wollen sie aus dem blutigen Dreck herauskommen, in die der deutsche Militarist sie verwickelt? Sie erklärten, sie wollten ihre Soldaten und Material nicht fest stationieren, sondern weiterhin rotieren. Einerseits zeigt dies erneut die völlige Völkerrechtswidrigkeit dieser Brigade als alten und neuen deutschen Kriegs-verbrechers, andererseits ist trotzdem fraglich, ob diese Rotation dem Völkerrecht entspricht, sind die Soldaten der anderen Länder in die deutsche Brigade eingegliedert, deutschem Befehl unterstellt und sie damit der Zerstörung der letzten Zipfel internationalen Rechts im Gleichschritt mit dem Wehrmachtstiefel zertreten – ob Rotation oder nicht.

FAZ 13.2.26

Der deutsche Imperialismus giert weiter nach der Atombombe

Nachdem Kriegskanzler Merz sich für eine deutsche Atombombe – natürlich zuerst einmal mit Frankreich und England zusammen – stark machte, kamen kurz nach Jahresbeginn auch aus der SPD Forderungen, die gierige deutsche Krallen auf die Atomwaffe zu legen. Ausgesprochen von der stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Siemtje Möller. Von 2021 bis 2025 war das Flintenweib parlamentarische Staatssekretärin im Kriegsministerium und ist heute stellvertretendes Mitglied im Kriegs- und Außen-Ausschuss.

Die Kriegshetzer der FAZ griffen ihren Vorstoß umgehend auf und verlangten: *„Eine glaubwürdige Abschreckung aber ist für die Sicherheit Deutschlands unabdingbar. In Berlin muss daher auch über eine eigene nukleare Bewaffnung nachgedacht werden, so viele Gegenargumente es gibt.“* Wir brauchen auf Teufel komm raus die Bombe für den dritten Ostlandritt – und wenn der 2+4-Vertrag zuschanden geritten werden muss, was schert es uns. Denn dieser Vertrag verbietet dem zwei-maligen deutschen Brandstifter diese Massenvernichtungswaffen kategorisch. Was aber, wenn die einzige Macht, die für die Einhaltung dieses Vertrags hätte wirklich eintreten können, die Sowjetunion, nicht mehr existiert zur Stunde.

Genossen, klebt weiterhin unseren Aufkleber mit Merz auf der Atombombe. Und ein kleiner Artikel in den Betriebszeitung kann nicht schaden sowie den Aufkleber in Arbeiterhand.

FAZ 4. und 17. Januar 2026

Der deutsche Soldat marschiert nicht für das Vaterland, sondern für hohen Sold und Beute

Wer sich zur Stunde freiwillig verpflichtet, erhält 2.600 Euro brutto im Monat an Sold. Netto sind es 2.300. Da können aber die Arbeiter ein anderes Lied davon singen, was ihnen bei 2.600 brutto in der Geldbörse bleibt. Nämlich ganze 1.800 netto nach Abzug von Steuern und Sozialversicherungs-abgaben. Der deutsche Soldat aber, der auf Kosten der Arbeiter sich durchfrisst, zahlt nur Steuern und keine Sozialabgaben! Weder Renten- noch Kranken-, Pflege- oder Erwerbslosenversicherung. Hinzu kommen Auslandszuschläge, freie Fahrt im öffentlichen Verkehr und meldet er sich für die Brigade in Litauen ein weiteres üppiges Sahnehäubchen obendrauf. Und die Medizin erhält er in der Kaserne ohne jede Eigenbeteiligung sowie die gesamte Verpflegung und auch Unterkunft kostenlos. Ein General macht es nicht unter 15.600 Euro. Im Monat!

Arbeiter, wird es jetzt klar, dass du in Tariffriden nichts mehr herausholen kannst außer der Verschärfung und Verlängerung deines Elends? Führst du endlich den Staatskampf für die Abschaffung deiner Sozialabgaben und verlangst nicht mehr, als der Soldat schon erhält im Netto, was nur recht und billig ist, so kannst du deine Familie wieder ernähren mit einer ordentlichen Realloohnerhöhung. Und schmälertest die Kriegskasse, die längst auf die Sozialkassen in tausend Umwegen zugreift. Und der weitere Kampf für die Abschaffung der Lohnsteuer kommt der Lösung: Löhne rauf, Waffen runter wahrlich näher. Aber nicht durch den Kampf gegen das Einzelkapital oder die Einzelbranchen, sondern gegen den ideellen Gesamtkapitalisten.

FAZ 25.1.26

Zahl der Deserteure der Ukraine steigt rapide

Laut ukrainischem Kriegsministerium entzogen sich 2 Millionen Menschen der Rekrutierung für die Armee der Oligarchen. 200.000 Soldaten desertierten. Die Front hat gewaltige Lücken wegen Mangel an Soldaten. So die offiziellen Zahlen, die das Schweizer Fernsehen SRF am 9.2.26 nannte. Die Zwangsrekrutierungen gehen weiter. Dies ist der Hauptgrund, warum die Ukraine sich auf ein Ende des Bürgerkriegs einlassen müsste. Es ist die pure Erschöpfung.

NZZ 23.1.26

Bundeswehr erhöht die Plätze für die Grundausbildung

Die Bundeswehr erhöht die Plätze für neu eingezogene Rekruten auf 35.000 bis 40.000. Das macht bei einer dreimonatigen Grundausbildung einen Durchlauf von 140.000 bis 160.000 pro Jahr, was nur durch den Zwangs-Kriegsdienst zu erreichen ist.

FAZ 19.1.26

Einführung der Wehrpflicht auch in anderen Ländern des Imperialismus

Österreich und Frankreich wollen die allgemeine Wehrpflicht – zunächst auf freiwilliger Grundlage – wieder einführen.

FAZ 1.1.26.

*aus der Plenartagung des Zentralkomitees
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD
Februar 2026*

DIE NEUAUFTEILUNG DER WELT – NACH DEM SOZIALISTISCHEN LAGER

Nach der Zerstörung des Sozialistischen Lagers, spätestens seit 1989, ist der Imperialismus, die Bourgeoisie, darin zurückgekehrt, sich die Welt erneut aufzuteilen. Die erste Neu-Aufteilung erfolgte vom deutschen Imperialismus in der Annektierung eines Landes, das sich davon 40 Jahre befreite hatte, als eines Sozialistischen Staats, die DDR. Seit 1989 nimmt der Krieg um die Neuaufteilung der Welt kein Ende. Die Vernichtung der Diktatur des Proletariats, die Vernichtung der Volks-demokratien schuf der Bourgeoisie, ob dem alten Imperialismus oder aus der Zerstörung der Sozialistischen Länder kommende Neue Bourgeoisie im Krieg und Raub die neue Aufteilung dieser Länder und Republiken und Staaten. Ohne dass das Proletariat den Imperialismus revolutionär besiegt, ob die bei ihnen zur Macht gekommen Oligarchen oder den alten Imperialismus, wird die Neuaufteilung der Welt und darin der ehemaligen Sozialistischen Staaten kein Ende nehmen. Da sie, die Imperialisten, sich die proletarischen Staaten unterwarfen und diese Teil ihrer Kriegs-Okkupation wurden. Der seit 1989 tobende Krieg in den einstigen Republiken der UdSSR, um sich einzelne ehemalige Staats-gebiete anzueignen – der bis heute einerseits von der Konterrevolution der neuen Bourgeoisie als Bürgerkriege bis zur heutigen Stunde fortgeführt wird und auch kein Ende finden wird, ohne dass das Proletariat sich durch die erneute Revolution ihnen ein Ende setzt. Dass die Neue Bourgeoisie, ebenso auch der Krieg der alten Imperialistischen Staaten und Mächte den Kampf um den Besitz von Republiken eines Staates führen werden und seit mehreren Jahrzehnten die Neuaufteilung der Welt in Krieg und Chaos stürzen werden, war unabwendbar. Und in der Neuaufteilung der Welt nicht der Sieger die Neue Bourgeoisie aus den Sozialistischen Ländern sein wird, sondern die Neuaufteilung der Welt das imperialistische Lager anführen wird in den zeitweiligen Allianzen wie den NATO-Mächten und diese zeitweiligen Kriegs-Allianzen daran zerbrechen werden und schon zerbrechen in der Kriegskonkurrenz im imperialistischen Lager selbst und darin einzelne imperialistischen Staaten auch gegen ihre einstig selbst gebildete Allianz der darin organisierten Staaten Krieg führen werden, wie um die Länder und Staaten, die sich nicht darin befinden

Schon von Beginn an war dies die Ansicht und die Analyse von uns Kommunisten. Die Allianzen des Krieges sind zeitweilig und die Allianz seit mehr als 10 Jahren zerbricht an den jeweiligen imperialistischen Staaten, die längst Krieg gegen sich selbst führen. Das zeichnete die Lage im arabischen Raum aus, das kennzeichnet längst der Kampf in den Republiken der UdSSR, in denen der Krieg um die Okkupation der ehemaligen Staatsgebiete vom Nordpol bis ans asiatische Meer tobt. Und nicht weniger auf dem amerikanischen Kontinent, in dem der Krieg der

Imperialisten und darunter des US-Imperialismus den Krieg des Landeraubs bzw. ganzer Staaten, wie zur Stunde der Angriff auf Venezuela und seit längerem gegen Grönland die Neu-Aufteilung der Welt mit Waffen-gewalt führt. (Kein Vergessen aber auch darin, dass die deutsche Armee schon in Grönland eine Militärübung als NATO-Mitglied in diesem souveränen Staat des grönländischen Volks durchgeführt hat). Darin ist aber nicht allein der alte Imperialismus der Gegner, sondern auch die Neue Bourgeoisie entweder im Abwehrkampf gegen den Krieg, der in ihren Ländern längst auch vom alten Imperialismus geführt wird – wie Ukraine, und weitere Republiken bis hinein gegen Russland, und ein China längst in den Kämpfen um Land und Rohstoffen ihren Anteil hat, ob in Lateinamerika, ob gegen Grönland, oder in anderen Gebieten Asiens, Afrikas und vor allem um die Gebiete der UdSSR selbst.

Dass in der Neuaufteilung der Krieg selbst in die Kriegsallianz und in diese Staaten kommt, war absehbar. Ansonsten wäre von einer Weltkriegs-Gefahr auch nicht zu sprechen. Die Zusammenrottung z.B. der „Willigen“, in denen der deutsche Imperialismus sich mit befindet, ist längst auch eine Front gegen die USA – als dominanter Staat. In den Eroberungen der Staaten des Ostens hat sich der deutsche Imperialismus zu erwehren in diesem neu gebildeten Bündnis des Krieges „der Willigen“, um nicht zu kurz zu kommen in der Neuaufteilung der Welt. Und zeigt längst darin die Auflösung der Kriegsallianz als NATO. Gegründet gegen die Sozialistischen Länder – und damit hatte sie auch ihre Gemeinsamkeit, die heute nicht mehr gegeben ist.

Dass der Krieg ein „heißer“ längst in Anfängen ist, zeigt nicht zuletzt die Mobilmachung im eigenen Land, nicht zuletzt darin, dass der Gekündigte in der Zivilproduktion längst in der Arbeit der Kriegsproduktion vorgesehen ist mit staatlichem Zwang; wie die staatliche Erfassung ab 18Jahre in der Wehrpflicht; wie die ebenso gegebene Mobilmachung in vielen anderen Ländern in Europa. Und man sollte sich nicht täuschen, dass darin von Grönland bis in den asiatischen Raum der deutsche Imperialismus – bis hin zur Besetzung durch deutsche Soldaten - nicht Teil der Neuaufteilung der Welt ist.

Ich stelle erneut den Antrag, wenigsten zu Grönland den Aufkleber in höherer Auflage in Druck zu geben. Die Genossen, die dies schon vor mehr als einem Jahr sahen, hat die Wirklichkeit bestätigt. Wir sollten darin nicht schweigen. Und diejenigen, die andere Ansicht waren, haben bei sich selbst kritisch ihre Haltung zu überprüfen. Und was gerade diese im „neuen Club“ der „Willigen“ betrifft, also die offene Auflösung der NATO-Allianz längst sich zeigt und der Einsatz deutscher Truppen - siehe Merz-Regierung - kann sich auf Gesagtes jeder Einzelne selbst erklären. Und auch darin im Proletariat die entsprechende Organisation vornehmen. Warum sonst benötigt der deutsche Imperialismus die Kriegswirtschaft und darin die gekündigten Arbeiter aus dem zivilen Bereich der deutschen Produktion in der zunehmenden Kriegsproduktion. Und keiner soll darauf eine Hoffnung

haben, das Parlament oder die Widersprüche in der Regierung würden den deutschen Imperialismus aufhalten, den Krieg gegen die Völker und auch gegen seinen imperialistischen Konkurrenten nicht zu führen (wie sagte am 6.1. Kanzler Merz: „wir schließen die deutschen Soldaten in der Ukraine nicht aus“). Umso mehr, dass ihm Großbritannien und Frankreich ebenso die Truppen in der Ukraine angekündigt haben unter den „Willigen“, die selbstverständlich sich gegen die USA darin und nicht allein gegen die „Russen“ sich wenden – und auch die Stärke des Deutschen darin prüfen in dem Club der „KRIEGSWILLIGEN“.

Exekutivkomitee des ZK
Arbeiterbund für den
Wiederaufbau der KPD
7.1. 2025



THE REDISTRIBUTION OF THE WORLD – AFTER THE DESTRUCTION OF THE SOCIALIST COUNTRIES

After the destruction of the socialist countries, at the latest since 1989, imperialism, the bourgeoisie, has once again returned to dividing up the world. The first new division was carried out by German imperialism in the annexation of a country that had freed itself from it 40 years earlier, the socialist state of the GDR. Since 1989, the war for the redivision of the world has been ongoing. The destruction of the dictatorship of the proletariat and the destruction of the people's democracies created the bourgeoisie, whether the old imperialism or the new bourgeoisie emerging from the destruction of the socialist countries, in war and robbery, the new division of these countries, republics, and states.

Unless the proletariat revolutionarily defeats imperialism, whether the oligarchs who have come to power in their countries or old imperialism, the redivision of the world and, within it, the former socialist states will not end. For they, the imperialists, subjugated the proletarian states and made them part of their war occupation. The war that has been raging since 1989 in the former republics of the USSR to appropriate individual former state territories—which, on the one hand, is still being continued today by the counterrevolution of the new bourgeoisie in the form of civil wars and will not come to an end without the proletariat putting an end to it through a new revolution. It was inevitable that the new bourgeoisie, as well as the war of the old imperialist states and powers, would wage the struggle for the possession of the republics of a state and plunge the world into war and

chaos for several decades. And in the redistribution of the world, it will not be the new bourgeoisie from the socialist countries that will be the victor, but rather the imperialist camp that will lead the redistribution of the world in temporary alliances such as the NATO powers, and these temporary war alliances will break down and are already breaking down in the competition for war within the imperialist camp itself, and that individual imperialist states will also wage war against their own former alliance of organized states, as well as against countries and states that are not part of it.

From the very beginning, this has been the view and analysis of us communists. The alliances of war are temporary, and the alliance that has existed for more than 10 years is breaking down among the respective imperialist states, which have long been waging war against each other. This has characterized the situation in the Arab world, and it has long characterized the struggle in the republics of the USSR, where war is raging over the occupation of the former state territories from the North Pole to the Asian Sea. And no less so on the American continent, where the war waged by the imperialists, including US imperialism, is a war of land grab or entire states, such as the current attack on Venezuela and the long-standing attack on Greenland, the redivision of the world by force of arms. (Let us not forget, however, that the German army has already conducted military exercises in Greenland as a NATO member in this sovereign state of the Greenlandic people). But it is not only the old imperialism of the opponents that is involved here, but also the new bourgeoisie, either in the defensive struggle against the war that has long been waged in their countries by the old imperialism – such as Ukraine and other republics, including Russia – and China has long had its share in the struggles for land and raw materials, whether in Latin America, against Greenland, or in other areas of Asia, Africa, and especially around the territories of the USSR itself.

It was foreseeable that in the new division of the war, the war itself would come to the war alliance and to these states. Otherwise, there would be no talk of a world war threat. The gathering of the “willing,” for example, in which German imperialism finds itself, has long been a front against the US—as the dominant state—even in the conquests of the states of the East, German imperialism has to defend itself in this newly formed alliance, the war of the “willing,” in order not to be left behind in the new division of the world. And this has long since led to the dissolution of the NATO military alliance. Founded against the socialist countries – and thus also sharing a commonality that no longer exists today.

The fact that the war is already in its early stages is demonstrated not least by the mobilization in our own country, not least by the fact that those who have been laid off in civilian production have long been assigned to war production by state coercion; such as state registration from the age of

18 in compulsory military service; such as the mobilization that is also taking place in many other countries in Europe. And we should not be deceived into thinking that German imperialism – including the occupation by German soldiers – is not part of the redivision of the world from Greenland to Asia.

I once again propose that at least the Greenland sticker be printed in a larger edition. Reality has confirmed what our comrades saw more than a year ago. We should not remain silent on this issue. And those who held a different view should critically examine their own position. And as far as those in the “new club” of the “willing” are concerned, i.e., the open dissolution of the NATO alliance has long been apparent and the deployment of German troops—see the Merz government—can be explained by what has been said—each individual can explain this for themselves. And the proletariat must also organize itself accordingly. Why else does German imperialism need the war economy and, within it, the workers laid off from the civilian sector of German production for the increasing war production? And no one should hope that parliament or the contradictions within the government will stop German imperialism from waging war against the peoples and also against its imperialist competitors (as Chancellor Merz said on January 6: “We do not rule out the deployment of German soldiers in Ukraine”). All the more so since Great Britain and France have also announced their troops in Ukraine among the “willing,” who are of course turning against the US in this and not only against the ‘Russians’ – and are also testing Germany's strength in the club of the “WILLING TO WAR.”

*aus der Plenartagung des Zentralkomitees
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD
Februar 2026*

EIN GEWALTIGER SCHRITT VORWÄRTS IN DER EUROPÄISCHEN GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG

Darauf haben wir Kommunisten gewartet – seit mehreren Jahren tun wir als Kommunisten unser Möglichstes, dass eine nationale und internationale Anti-Kriegsbewegung entsteht – wozu auch unsere Tätigkeit in Potsdam – Berlin im letzten Jahr gehörte, wie nicht nur unsere Aufmerksamkeit gegenüber der Gewerkschaftsbewegung in europäischen Staaten, sondern wir, soweit es uns kräftemäßig möglich ist, auch an Demonstrationen wie Genua oder eben auf Konferenzen teilnehmen und auch darin gehört werden. Ob in Paris, ob in Athen oder Genua oder jetzt wieder in der Initiative von der USB ausgehend zu einem internationalen Zusammenschluss der Hafenarbeiter als Transporteur der Kriegswaffen und der Armee-Soldaten und darin die Plünderung des eigenen Volkes. Oder: Das wahrlich noch außergewöhnliche Herangehen erneut in einem Generalstreik in Belgien durch die Bahnarbeiter und der lokalen Bus-Fahrer, denen nicht nur gelingen mag, das Land lahmzulegen – weil ihre Stellung in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ihnen dies ermöglicht. Sondern solch ein Niederlegen der Arbeit, welches das Land lahmlegt, bewirkt eben auch, dass die Arbeiter in der Industrie, die Werktätigen in all ihren Berufen, wie das Volk im Gesamten darin aufgefordert ist, sehr real dazu Stellung zu nehmen. Entweder ihr begrüßt dies und schließt euch an - da die Bahnarbeiter nicht alleine ihre Interessen verteidigen, sondern auch in Eurem Interesse selbst gegen die Regierung und ihre Plünderung der Staatskassen für das Kapital im Streik stehen und auch für ein dem Volk dienendes Verkehrsnetz, in dem Arbeitsbedingungen zu herrschen haben, die es sicher macht und nicht wie in nicht wenigen Ländern in tödliche Unglücke fährt, wie in Griechenland, in Deutschland und Spanien usw.

Genossen, erkennen wir die Chance darin, dass wir wenigsten in ihren anvisierten Widerstandstagen selbst an die Metallbetriebe, wo möglich wie in Norddeutschland zu den Hafenarbeitern gehen und wo wir ein wenig eine Zehe vom Fuß darin haben bei der Bahn oder bei städtischen Verkehrsbetrieben und die Arbeiter darin auffordern: „Arbeiter, tu es gleich deinen Kollegen in halb Europa. Werde Teil ihres Kampfes, der auch dein Kampf für Dich ist – und bleibe nicht länger fern dem Kampf gegen eine deutsche Angriffs-Regierung, die längst allen Arbeitern in diesem Lande und auch allen Werktätigen ihre Steuern plündert für den Krieg des Kapitals, ob in der weiteren Vernichtung der staatlichen Krankenhäuser, in der Verrottung des Schulsystems und einer Bahn die kommt (!?) – aber wozu? Um Waffen und Soldaten wie nach Litauen oder in die Ukraine zu

transportieren. Wie den erwerbslosen Arbeiter oder der vor der Kündigung steht, wie bei Bosch Daimler, VW etc. in die Kriegsproduktion zwingt, wie z.B. zuletzt die Kollegen bei Daimler – im Werk Wörth.

Oder: Bosch Billionen Kriegskredite für ihren Krieg gegen uns und unsere Arbeiter in anderen Ländern uns als abzuarbeitende Schuld auferlegt. Darin sollten auch wir uns an die Seite der streikenden Arbeiter in Ländern von Europa, in ihren Widerstand hineinbegeben. Das ist eben die Chance, die sie uns selbst geben „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ – gegen die Kriegs-Kanaillen in den europäischen Regierungen und die deutsche im Besonderen. Dann wird der Frieden ein Roter in der Teilnahme an ihren Kämpfen mit der von uns aufzubauenden Antikriegsfront, in der Vereinigung mit ihrem Widerstand gegen ihre Regierung und Kapital!!

Revolutionärer Gruß

EK

i.A. Gen. Helge

27.1. 2026

*aus der Plenartagung des Zentralkomitees
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD
Februar 2026*